

***Nach der Föderalismusreform und dem Bildungsgipfel:
SPD-Wissenschafts- und Bildungspolitik im Wahljahr 2009
von Andrea Wicklein und Klaus Faber***

Im Wahljahr 2009 ist die Wissenschafts- und Bildungspolitik trotz einiger sozialdemokratischer Bemühungen bislang noch kein großes Thema in der nationalen politischen Auseinandersetzung. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Zum einen spielen die Planungen für das Wahlkampfeszenario eine Rolle. Das bundespolitische Parteienprofil ist danach zu Beginn des Wahljahres noch nicht in vollem Umfang programmatisch geschärft; es wird im Gesamtkonzept erst zu einem späteren Zeitpunkt präsentiert. Aktuelle Debattenbedürfnisse, wie die Diskussion über die Reaktionen zur Finanzkrise und über antizyklische Konjunkturprogramme, überlagern zudem zurzeit noch die eher strategisch angelegten Profilierungsüberlegungen und beeinflussen möglicherweise auch deren Orientierung. Zum anderen haben in diesem Zusammenhang strukturelle Faktoren Bedeutung, die unser System der bundesstaatlichen Willensbildung prägen.

*Seit der Föderalismusreform 2006 keine ausreichenden
Bundeszuständigkeiten für Wissenschaft und Bildung*

Insbesondere nach der „Föderalismusreform“ von 2006 gibt es für Wissenschaft und Bildung keine ausreichenden Bundeszuständigkeiten mehr. Deshalb fehlt auch eine geeignete bundespolitische Plattform für die kontinuierlich geführte Debatte und das Handeln in diesem Politikbereich, was ihn notwendigerweise entwertet. Auf diesem Gebiet weist Deutschland auch nach der einvernehmlich getroffenen Bund-Länder-Feststellung auf dem letzten „Bildungsgipfel“ vom Oktober 2008, zudem erhebliche Defizite auf, ebenso beträchtliche regionale Unterschiede. Das damit angelegte Spannungsverhältnis zwischen einem ausgeprägten Handlungsbedarf auf nationaler und regionaler Ebene einerseits und Mängeln im politischen Steuerungspotential andererseits stellt vor allem eine linke Volkspartei wie die SPD vor Herausforderungen.¹⁾

1) Vgl. dazu insgesamt Faber, Klaus, „Legitimations- und Finanzierungsdefizite - Zur Lage der Wissenschafts- und Bildungspolitik im Bundesstaat“, in: *perspektiven* 1/08 - Parteien und Gewerkschaften im gesellschaftlichen Umbruch - (S. 48 - 61); Publikation ebenso unter <http://www.forscher.de/servlet/PB/menu/1166170/index.html>

In der konkreten Fragestellung des kommenden Wahljahrs wird es in erster Linie darum gehen, wie das alte sozialdemokratische Ziel, Emanzipation und Chancengleichheit durch bessere und mehr Bildung für alle zu verwirklichen, im Wahlprofil und mit glaubwürdigen Umsetzungsvorschlägen vermittelt wird. Der SPD wird, nicht nur was die Bundesebene anbelangt, auf diesem Gebiet nach wie vor eine gewisse Kompetenz zugeschrieben. Politische Mitbewerber sind allerdings seit längerer Zeit erkennbar. Die Union hat nicht erst mit den Initiativen von Bundeskanzlerin Angela Merkel („Bildungsrepublik Deutschland“, Bildungsgipfel 2008) das Bildungsthema entdeckt.

Entwicklung der Wissensgesellschaft

Ein bestimmtes, mitunter auch in der SPD anzutreffendes Politikverständnis sah und sieht in „weichen“ politischen Themen wie Familien-, Bildungs- oder Wissenschaftspolitik wohl eher Rankenwerk, das die eigentlich wichtigen innenpolitischen Kernthemen wie etwa die Wirtschafts-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und vielleicht noch Finanzpolitik verziert. Dass es sich hier um einen Irrtum, nämlich um eine Fehleinschätzung von entscheidenden gesellschaftspolitischen Veränderungsbewegungen und Ausgangsbedingungen, handeln könnte, haben inzwischen nicht nur die Anhänger der These vom „vorsorgenden“ Sozialstaat bemerkt.

Schon seit längerer Zeit vollzieht sich in einem größeren Teil der entwickelten Länder der Ersten Welt ein rasanter Entwicklungsprozess hin zu einer „Wissensgesellschaft“. Es geht dabei nicht nur und nicht in erster Linie um die Verbesserung des Bildungsangebots von der vorschulischen Erziehung bis zum Abschluss der Sekundarstufe. Erkennbar ist darüber hinaus die Entwicklungsperspektive einer Hochschulausbildung für die große Mehrheit der Bevölkerung. Sie ist in einigen Staaten bereits heute erreicht oder wird dort in absehbarer Zeit erreicht werden (Finnland, andere skandinavische Staaten, Australien, aber auch USA, Israel, Südkorea etc.). Auch Schwellenländer wie die Volksrepublik China holen auf dem Wissenschaftsgebiet mit einem beachtlichen Tempo auf, was etwa die enormen Steigerungsraten der Forschungsausgaben (mit denen sich Deutschland nicht vergleichen

kann) oder ebenso die Zahlen der jährlich ausgebildeten Ingenieure zeigen. Die Investitionen und Leistungen Indiens im IT-Bereich sind ebenso beeindruckend.

Im Hochschul- und Forschungssektor findet der globale Qualifikationswettbewerb statt, der auch über die deutschen Zukunftschancen entscheidet. Ein funktionstüchtiges Schulwesen ist eine notwendige, aber nicht ausreichende Voraussetzung dafür, um am eigentlichen Wettbewerb - im Wissenschaftsbereich - teilnehmen zu können. Die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten, einschließlich der Berufschancen, werden künftig mehr denn je von einer Hochschulausbildung abhängen. Mit dem vor uns stehenden Veränderungsprozess werden weitgehende gesellschaftspolitische Folgewirkungen verbunden sein, deren Ausmaß und Richtung wir nur in Umrissen erkennen können.

Dass ein entscheidend verbessertes Qualifikationsniveau auch den Arbeitsmarkt verändern wird, gehört dabei zu den eher banalen Erkenntnissen. Eine andere Struktur der Arbeitskraftnachfrage wird entstehen. Neue Arbeitsplätze werden durch die Änderung der Qualifikationslage geschaffen, die sich aber auch sonst in der Wirtschaft, u. a. im Sektor der Dienstleistungs- und Produktnachfrage, auswirken wird. In den Wandlungsprozess sind ebenso die Sozialsysteme, Kultur, Medien und - insgesamt - die Politik einbezogen.

Deutsche Defizite, innerdeutsche Unterschiede

Der deutsche Aufholbedarf auf den Gebieten von Wissenschaft und Bildung wird seit einiger Zeit auch in den programmatischen Aussagen der Parteien der Großen Koalition und ihrer Vertreter thematisiert. Vor allem nach den PISA-Debatten gibt es zwischen den Parteien zwar keinen Konsens darüber, in welche Richtung das dreigliedrige Schulwesen weiterentwickelt oder ob es insgesamt überwunden werden soll, wohl aber etwa dazu, dass im Schulbereich durchgreifende Änderungen insbesondere mit dem Ziel erforderlich sind, die allgemeine soziale und die Integration von Migrantenkinder deutlich zu verbessern oder den Anteil der

Hochschulzugangsberechtigten sowie der Studienanfänger am Altersjahrgang insgesamt zu erhöhen. Übereinstimmung besteht auch weitgehend darüber, dass die deutschen Ausgaben im Schulwesen zu niedrig sind, dass die Pro-Kopf-Ausgaben im Hochschulsektor erhöht sowie die Defizite in Forschung und Entwicklung (nach den noch immer nicht erreichten Lissabon-Zielvorgaben von 3% des Bruttoinlandsprodukts) ausgeglichen werden müssen. Der Beitrag der deutschen Wirtschaft vor allem zu den Forschungs- und Entwicklungsausgaben entspricht ebenso wenig den internationalen Standards.

Der deutsche Nachhol- und Modernisierungsbedarf in Wissenschaft und Bildung ist durch viele überprüfbare internationale Vergleichsdaten belegt, also nicht erst auf dem Bildungsgipfel von 2008 festgestellt worden. Ein Blick auf einige Einzeldaten lässt die Ausgangslage deutlicher erkennen. Deutschland hat nach OECD-Studien z. B. bei den Hochschulzugangsberechtigten, den Studierenden oder den Hochschulabsolventen wesentlich kleinere Anteile am jeweiligen Altersjahrgang als andere Länder. Nach bereits seit längerer Zeit vorliegenden OECD-Vergleichsuntersuchungen unter 27 Industrienationen studieren, so der allgemeine Trend, immer mehr junge Menschen. Im Schnitt des OECD-Vergleichs sind es fast 50 Prozent eines Altersjahrgangs. Nicht nur Finnland (mit über 70 Prozent), Schweden und Norwegen, sondern auch Polen oder Australien haben bei der Studienanfängerquote am Altersjahrgang bereits die 60-Prozent-Grenze überschritten. In Deutschland beträgt die Quote zurzeit 39 Prozent. Die ostdeutschen Durchschnittsanteile liegen noch immer deutlich unter den entsprechenden westdeutschen Anteilen. Nicht erst durch die PISA-Debatten sind die schon angesprochenen deutschen Schuldefizite bei der Verwirklichung von Chancengleichheit für benachteiligte soziale Schichten und für Immigranten bekannt.

Aus anderen Gegenüberstellungen ergibt sich ebenso ein für Deutschland ungünstiges Bild. Die USA geben, mit öffentlichen und privaten Finanzierungsanteilen, pro Kopf der Bevölkerung für das Hochschulwesen fast doppelt so viel aus wie Deutschland. In ungefähr der gleichen Höhe, zum Teil darüber hinausgehend, sind die

Pro-Kopf-Ausgaben für die Hochschulen etwa in Finnland oder Schweden anzusetzen – wobei diese wie in Deutschland überwiegend öffentlich finanziert sind.

Nicht nur im internationalen Vergleich gibt es Defizite. Auch die innerdeutschen Unterschiede weisen eine zu große, die gesamtstaatliche Entwicklung behindernde Spannbreite auf. In der Hochschulfinanzierung haben ostdeutsche Regionen gegenüber dem deutschen Schnitt einen zum Teil erheblichen Rückstand. Gemessen an den Hochschulausgaben pro Kopf der Bevölkerung belegen einige der fünf ostdeutschen Flächenstaaten einen Platz am Ende der deutschen Leistungsskala.

Im gesamtdeutschen Überblick ist dabei (wenn man einmal vom Sonderfall der Stadtstaaten absieht) übrigens keine allgemeine Korrelation ersichtlich, nach der etwa längere Zeit von der SPD regierte Länder hohe Pro-Kopf-Ausgaben, andere Länder demgegenüber einen geringeren Ausgabensatz haben. Dieser Tatbestand weist auf eine föderalismuspolitische und ebenso auf eine Herausforderung für die Wissenschafts- und Bildungspolitik hin. Eine der Fragen, die sich dabei stellen, ist, wie sich die Parteienprogrammatik zu den föderalen - zum Teil erheblichen - Unterschieden verhält.

In ganz Deutschland ist ein neuer Anstieg der Studierendenzahlen abzusehen. In Ostdeutschland ist deshalb eine Beschleunigung des Hochschulausbaus erforderlich, ebenso eine Erweiterung anderer Wissenschaftskapazitäten sowie eine Ausschöpfung der ostdeutschen Bildungsreserven und eine wirksame Werbung für ein Studium an ostdeutschen Hochschulen. Auch die Profilbildung spielt im Hochschulbereich dabei eine wichtige Rolle. Die Erhebung von Studiengebühren passt vor diesem Hintergrund weder in die regionale, noch in die überregionale Wissenschaftslandschaft.

Auch bei der Nutzung der erworbenen Hochschulzugangsberechtigungen („Studierquote“) bestehen zwischen den deutschen Ländern erhebliche Unterschiede, die im Einzelnen allerdings nicht dem Ost-West-Schema folgen. Den letzten Platz belegt zurzeit ein ostdeutsches Bundesland²⁾. Auch die Positionsplätze der einzelnen

Länder bei der „Studierquote“ lassen bislang keine Korrelation erkennen, die etwa der Vermutung folgen würde, lange von der SPD regierte Länder müssten eine hohe, andere Länder demgegenüber eine niedrigere Studierquote haben.

Mängel der Politikinstrumente, Finanzschwäche der Länder

Die - kurze - Bilanz zeigt den Handlungsbedarf. Mehr Investitionen in Wissenschaft und Bildung und, inhaltlich, eine Politik der Öffnung für mehr Bildungschancen sind erforderlich. Der politische Handlungsspielraum, vor allem der Landesebene, ist auf diesem Feld allerdings begrenzt. Viele finanzschwache Bundesländer sind, jedenfalls im Rahmen der bislang geltenden Orientierung an einer Einschränkung der Neuverschuldung, aus eigener Kraft nicht in der Lage, bei den Investitionen in Wissenschaft und Bildung den Anschluss an die anderen Länder zu erreichen, geschweige denn die nach internationalen Vergleichsmaßstäben notwendigen gesamtstaatlichen Ausgabensteigerungen mitzufinanzieren.

Wesentliche Mitfinanzierungsmöglichkeiten des Bundes z. B. im Schulbereich, auf denen u. a. das Förderprogramm für Ganztageseinrichtungen beruht, sind durch die Föderalismusreform von 2006 weggefallen, was ebenso für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau gilt. Das 2006 eingeführte neue Instrument der Bundesländer-Wissenschaftsfinanzierung nach Art. 91b des Grundgesetzes ist nicht in jeder Hinsicht ein ausreichender Ersatz, auch mit Blick auf die dabei verlangte Einstimmigkeit in der Beschlussfassung und die daraus folgenden Blockadepositionen sowie zum Teil auch wegen der Beschreibung des erfassten Sachgebiets. Zahlreiche wichtige Initiativen in der Wissenschafts- und Bildungspolitik sind in der Bundesrepublik Deutschland von der Bundesebene ausgegangen und mitgefördert worden; am - inzwischen vielfach vernachlässigten - Hochschulbau hatte sich z. B. der Bund seit den 1950er Jahren bis 2006 maßgeblich beteiligt.

2) Das Land Brandenburg; siehe dazu Ostdeutsche und Bayern am studierfreudigsten, in: Welt-Online, 4. April 2008.

Hier schließt sich der Kreis. Da es für Wissenschaft und Bildung keine

ausreichenden Bundeszuständigkeiten gibt, die auch die Finanzierung in ausreichendem Umfang erfassen, fehlt ein regelmäßig zur Verfügung stehender und wirksamer bundespolitischer Ansatzpunkt für die Debatte und das Handeln, was auch für die Landespolitik negative Konsequenzen hat. Dies gilt vor allem, wenn man diese an Standards misst, die z. B. von den skandinavischen Staaten und in bestimmten Sektoren ebenso von den USA gesetzt werden. Auch die neuerdings vom Bund-Länder-Bildungsgipfel von 2008 beschriebenen Zielerklärungen können mit den zurzeit zur Verfügung stehenden Instrumenten und Länderfinanzmitteln nicht erreicht werden.

Bund-Länder-Bildungsgipfel 2008

Welchen Sinn macht unter den skizzierten finanz- und föderalismuspolitischen Rahmenbedingungen überhaupt der Bund-Länder-Bildungsgipfel von 2008? Die - problematische - verfassungspolitische Weichenstellung der Großen Koalition durch die Föderalismusreform von 2006 kann selbstverständlich auch ein Bund-Länder-Gipfel nicht umgehen oder rückgängig machen, auch nicht die beschriebenen Kompetenzverluste des Bundes. Er kann aber unter bestimmten politischen Ausgangsbedingungen, zu denen eine Bundestagswahl zumindest einen Beitrag leistet, nach Wegen suchen, einige ihrer Auswirkungen zu mildern.

Trotz der Bundeskompetenzeinschränkung durch die Föderalismusreform von 2006 bleiben dem Bund nämlich einige Mitfinanzierungsmöglichkeiten, die zum Teil allerdings eine enge Bund-Länder-Kooperation voraussetzen. Dazu gehört die geschilderte neue Bundesfördermöglichkeit nach Art. 91b des Grundgesetzes für Vorhaben und Einrichtungen in der Wissenschaft, die es auch aufgrund der Initiative ostdeutscher SPD-Bundestagsabgeordneter seit 2006 gibt. Wenn alle Länder zustimmen, kann danach eine in den Bund-Länder-Finanzierungsanteilen flexible und umfassende Vereinbarung geschlossen werden, die im Volumen, in der Dauer und in den Anwendungsgebieten (z. B. in der Lehre nach den Vorschlägen des Wissenschaftsrats) weit über den Bund-Länder-Hochschulpakt 2010/2020 hinausgehen kann, der ebenfalls auf dieser neuen Grundgesetzbestimmung beruht. Die Länder können auf diese Weise

und, nach dem Vorbild früherer Bund-Länder-Abkommen, z. B. ebenso auf dem Gebiet der gemeinsamen Forschungsförderung entlastet werden. Den so gewonnenen Spielraum könnten sie für Investitionen in anderen Sektoren ihrer Zuständigkeiten in Wissenschaft und Bildung nutzen. Derartige Bund-Länder-Absprachen setzen, um es zu wiederholen, einen politischen Konsens aller Beteiligten voraus; sie haben aber unter dieser Voraussetzung, wie auch frühere Abkommen zeigen, durchaus Sinn.

Auch in weiteren Bundeskompetenzbereichen sind eine Bundesmitfinanzierung und die damit verbundene Entlastung der Länder für Anstrengungen in Wissenschaft und Bildung denkbar. Das gilt u. a. für Investitionen auf denjenigen Gebieten, für die der Bund über eine Gesetzgebungskompetenz verfügt. Schwieriger ist demgegenüber eine Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern mit dem Ziel, damit den Ländern die Möglichkeit zu geben, mehr Geld für Wissenschaft und Forschung aufzubringen. Die Verteilung der Bund-Länder-Steueranteile sollte möglichst nicht für aktuelle Förderprogramme geändert werden. Nach den Erfahrungen mit vergleichbaren Finanzierungsstrukturen wäre auch nicht sicher, ob zusätzliche Ländersteueranteile in der gesamtstaatlichen Bilanz tatsächlich der Wissenschaft und der Bildung zugute kämen.

Auf dem Bildungsgipfel vom Oktober 2008 konnten sich der Bund und die Länder noch nicht auf ein gesamtstaatliches Finanzierungspaket für Bildung und Wissenschaft einigen. Die entsprechenden Beschlüsse sollen nach der Bundestagswahl gefasst werden. Andererseits sind sich Bund und Länder schon jetzt darin einig, den gesamtstaatlichen Bildungsausgabenanteil am Bruttoinlandsprodukt bis 2015 in erheblichem Umfang - von zurzeit etwa 6% auf dann 10% - zu erhöhen. Die geplante Steigerungsrate macht deutlich, dass die Regierungschefs von Bund und Ländern zumindest die Dimension des deutschen Nachholbedarfs erkannt und anerkannt haben. Auch Peer Steinbrück hat sich sehr engagiert für diese Zielsetzung ausgesprochen und damit nicht nur im Kreis der Finanzminister Maßstäbe gesetzt. Wir alle wissen ebenso, dass der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier in und

außerhalb der Bundesregierung für einen bildungs- und wissenschaftspolitischen Schwerpunktansatz steht.

Helmut Schmidt hat in seiner jüngsten Buchpublikation wieder einmal darauf hingewiesen, dass Deutschland über keine wesentlichen Rohstoffressourcen verfügt und sich u. a. im Wettbewerb mit Ländern wie der Volksrepublik China und Indien befindet. Diese Länder sind, wie die bereits jetzt erkennbaren Trends zeigen, auf dem Weg, auch in Bereiche wie den Auto- oder Maschinenbau mit immer besseren und zudem preiswerteren Produktangeboten einzudringen - in Bereiche also, in denen ein Teil des deutschen Exporterfolgs erzielt wird. Plausible Alternativen zur dringend gebotenen Erhöhung des durchschnittlichen Ausbildungs- und Qualifikationsniveaus in Deutschland gibt es - nicht nur nach seiner Auffassung - demnach nicht. Man muss hinzufügen: Das, was der deutsche Gesamtstaat auf diesem Gebiet bislang geleistet hat, reicht nicht aus, um unseren internationalen Wettbewerbsrückstand aufzuholen. Jede sinnvolle politische Anstrengung, dies zu ändern - und dazu gehört trotz aller offenen Fragen und Mängel auch der Bildungsgipfel, sollte daher unsere Unterstützung finden. Mehr noch, die SPD sollte selbst die Initiative ergreifen und Vorschläge für einen gemeinsamen Bund-Länder-Investitions- und Förderpakt im Wissenschafts- und Bildungsbereich vorlegen.

Weichenstellung in 2009: Bund-Länder-Pakt für Wissenschafts- und Bildungsinvestitionen

Die SPD wird vielleicht mehr als andere - insbesondere konservative oder links- und rechtspopulistische - Parteien auch an der Glaubwürdigkeit ihrer Programm- und Sachzielaussagen gemessen. Das gilt auf allen Ebenen für die Wissenschafts- und Bildungspolitik, auch in einer Bundestagswahl. Sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler werden es nach allen Erfahrungen nicht akzeptieren, wenn man Fragen zu den grundsätzlichen Zielsetzungen für Bildung und Wissenschaft und nach ihrer Realisierung mit dem Hinweis auf föderalismuspolitische Abstimmungsschwierigkeiten und Kompetenzmängel ausweichend beantwortet.

Es gibt eine Reihe von guten Gründen, die dafür sprechen, auf diesem Gebiet in absehbarer Zeit keinen neuen Anlauf zu einer Verfassungsänderung zu planen. Wenn das so ist, müssen wir aber glaubwürdige und konkrete Vorschläge dazu erarbeiten, was wir verbessern und realisieren wollen. Ein Bund-Länder-Förderpakt für Wissenschaft und Bildung macht Sinn, um die deutschen Rückstände und die Strukturverzerrungen innerhalb Deutschlands auszugleichen. Er macht Sinn, weil die Verbesserung der Bildungschancen allen nutzt. Sie bringt für jeden mehr Entfaltungsmöglichkeiten und fördert zugleich unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit. Der Förderpakt sollte von einer gemeinsamen, für eine längere Zeit eingerichteten Bund-Länder-Arbeitsgruppe vorbereitet und auch in der Durchführung begleitet werden. Sozialdemokraten im Bund und in den Ländern sollten eine entsprechende Initiative gemeinsam aufgreifen und zum Wahlthema machen.

Die Förderprogramme und -maßnahmen, die jetzt als Antwort auf die internationale Finanzkrise auf den Weg zu bringen sind, werden zu Recht vor allem danach ausgewählt, ob und inwieweit sie die Konjunktur stützende Effekte haben. Sie können und sollten aber ebenso weitere Anforderungen erfüllen. Zumindest ein Teil der Maßnahmen kann aus konjunkturwirksamen Investitionen in die Zukunft bestehen. Diese Bedingungen erfüllen z. B. Investitionen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, nicht nur im Bausektor. Auch hier können uns sozialdemokratische Initiativen auf der Bundes- und der Landesebene voranbringen. Das zeigt das von der Bundesregierung im Januar vorgelegte zweite Konjunkturpaket von Bund, Ländern und Kommunen. Es enthält wichtige Ansatzpunkte für Bildungs- und Wissenschaftsinvestitionen, die auch auf Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion zurückgehen.

*Andrea Wicklein, Mitglied des Deutschen Bundestages, Diplom-Ökonomin;
Sprecherin der Arbeitsgruppe Aufbau Ost der SPD-Bundestagsfraktion;
Vorstand des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie Berlin, Brandenburg,
Mecklenburg-Vorpommern e. V.;
Mitglied in der Universitätsgesellschaft Potsdam e.V.;
Vorstand des Forums Ostdeutschland der SPD*

*Klaus Faber; Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt in Potsdam; Jurastudium,
Studium der Volkswirtschaft und orientalischer Sprachen;
Geschäftsführender Vorsitzender des Wissenschaftsforums der
Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern e. V.;
Mitgründer und Kuratoriumsmitglied des Moses Mendelssohn Zentrums für
europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam*